Schweigepflicht im Todesfall

Was Ärzte Versicherern sagen dürfen

Stirbt ein Patient, erbitten Lebensversicherer meist zusätzliche Infos vom behandelnden Arzt. Das führt oft zum Konflikt mit der Schweigepflicht. Doch Fehler lassen sich vermeiden.

Es war eine schwierige Situation für den Kardiologen. Sein Patient hatte eine beginnende Hypertrophie, deswegen hatte er ihm einen ACE-Hemmer empfohlen. Allerdings hatte der Patient die Tabletten ohne Wissen des Mediziners zwischenzeitlich eigenständig abgesetzt, weil er keine Beschwerden mehr verspürt hatte. Einige Jahre später starb er – an den Folgen der Herzerkrankung.

Von der Schweigepflicht entbunden?

Nun wollte der Versicherer des Mannes weitere Informationen von dem Mediziner bekommen, denn der Patient hatte einige Jahre zuvor eine Risikolebensversicherung abgeschlossen. Damit können Kunden ihre Angehörigen für den Fall des

Schweigen oder nicht schweigen, das ist hier die Frage.

eigenen Todes absichern. Familienmitglieder oder andere nahestehende Personen erhalten eine vorher festgelegte Summe ausbezahlt, mit der sie erst einmal über die Runden kommen, wenn der Hauptverdiener tot ist. Der Versicherer wollte in diesem Fall jedoch nicht zahlen. Er vermutete arglistige Täuschung, denn der Verstorbene hatte bei Vertragsabschluss zwar seine Herzerkrankung angegeben, nicht aber, dass er Medikamente eigenmächtig abgesetzt hatte.

Darf ein Arzt in einer solchen Situation Informationen preisgeben? Immer wieder stehen Ärzte vor einer solchen Entscheidung. „Regelmäßig geben sich Lebensversicherer nicht mit der bloßen Todesnachricht zufrieden“, sagt der Medizinrechtler Thomas Oedekoven aus Aachen. „Um zu klären, ob die Versicherungssumme fällig ist, werden nähere Angaben zu den Umständen des Todes erbeten.“ Mediziner geraten dann mitunter in einen Konflikt mit ihrer ärztlichen Schweigepflicht.

Der Fall geht vor Gericht

Im Fall des betroffenen Mediziners entschied das Oberlandesgericht Karlsruhe, dass der Arzt nicht von der Schweigepflicht entbunden werden darf (Az.: 12 U 57/15), denn nur der Versicherungsnehmer selbst kann die Einwilligung dazu geben. Ist er gestorben, ist das unmöglich.

„In solchen Fällen sollte zunächst geprüft werden, ob der Verstorbene eine Vorsorgevollmacht erteilt hat“, sagt Anwalt Oedekoven. Im Formular, das Patienten beim Bundesjustizministerium herunterladen können¹, besteht die Möglichkeit, Dritten die Herausgabe von Krankenakten zu erlauben, auch nach dem Tod. „Findet sich eine vergleichbare Regelung in dieser Vollmacht, so kann der Bevollmächtigte um Zustimmung zur Weitergabe der medizinischen Anga-

ben an den Versicherer gebeten werden.“ Hat der Patient jedoch kein solches Dokument hinterlassen, ist es komplizierter. „Streng genommen ist bereits die Herausgabe von Befunden und Krankenakten an einen Hinterbliebenen oder einen Versicherer ohne entsprechende Schweigepflichtsentbindung ein Verstoß gegen die ärztliche Schweigepflicht“, so der Jurist.

Dann müssten die jeweiligen Begleitumstände geprüft werden – etwa, was der mutmaßliche Wille des Verstorbenen gewesen sei. Grundsätzlich gilt: Der Arzt muss im Interesse des Patienten handeln, auch nach dessen Ableben. Das heißt: Bringt ein Festhalten an der Schweigepflicht dem Versicherungsnehmer oder dessen Hinterbliebenen einen Nachteil, etwa weil der Versicherer die Leistung verweigert, kann in bestimmten Fällen davon ausgegangen werden, dass der Verstorbene mit einer Schweigepflichtsentbindung einverstanden gewesen wäre.

„Das könnte der Fall sein, wenn der Versicherte seiner Familie immer gesagt hat, dass das Geld aus der Versicherung für die Abbezahlung des Hauskredits bestimmt ist“, sagt Oedekoven.

Keine arglistige Täuschung

Im Fall des an einer Herzerkrankung verstorbenen Mannes und seines Arztes war es genau anders herum. Der Mann habe nicht arglistig gehandelt, entschieden die Karlsruher Richter. Er habe bei der Risikoprüfung dem Versicherer von seiner Herzerkrankung berichtet und lediglich auf die Frage im Versicherungsantrag: „Nehmen Sie derzeit Medikamente?“ mit „Nein“ geantwortet – was ja auch der Wahrheit entsprach.

Auf Seiten des Verstorbenen sei kein Interesse an einer Aussage des Arztes auszumachen, argumentierten die Richter. Sie wiesen deswegen die Klage des Versicherers ab.

(Anne-Christin Gröger)

¹www.bmjv.de/SharedDocs/Downloads/DE/Formulare/Vorsorgevollmacht